

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Schiller-Gasse geöffnet von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Polizei-Bezirk: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Gericht:

Tagblattausgabe Nr. 6550-53.

Von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Polizei-Bezirk: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: M. 104.—, in den Ausgabestellen: M. 107.—, durch die Träger ins Haus gebracht: M. 115.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Ersatzung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Deutsche Anzeigen M. 12.—, Finanz- und Wirtschafts-Anzeigen M. 18.—, ausländische Anzeigen M. 15.—, deutsche Kleinanzeigen M. 10.—, auswärtige Kleinanzeigen M. 12.— für die einseitige Kolonisation oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entfallender Nachschub. — Schluss der Anzeigenannahme für beide Ausgaben: 16 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Büchertstraße 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 15300.

Sonntag, 3. September 1922.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 410. • 70. Jahrgang.

Roma locuta.

Der Münchener Katholikentag ist zu Ende gegangen, und wieder einmal hat sich die Geschichte der Organisation und die fabelhaft entwickelte Regiekunst des Katholizismus erwiesen. Als am ersten Tage der Münchener Kardinal Faulhaber die versammelten Katholiken Deutschlands begrüßte, gab es einige Dissonanzen. Herr Faulhaber ist ein streitbarer Kirchenfürst, und von jeher trägt er großen Grimm im Herzen, daß in München neben dem Kirchenfürsten der weltliche Fürst nicht mehr regiert. Überall da, wo die Monarchie sich auf eine katholische Dynastie stützte, war der Katholizismus monarchistisch gesinnt. Das Verschwinden der Habsburger und Wittelsbacher hat zweifellos zu einer Machtminderung der römischen Kirche geführt, und Polen ist dafür nur ein schwacher Ersatz. Im Reich hat das Zentrum die Macht der Kirche eher verstärkt, und auch in den Ländern, wo das Zentrum ausschlaggebend ist, kann es sich nicht über Zurücksetzung beschweren. In Bayern übt es auch heute noch so eine Art Alleinherrschaft aus. Aber der große Magen der Kirche hat sein Seitenstück in dem Nachthunger gewisser Kirchenpolitiker. Herr Faulhaber sagt sich: Ein Freistaat mit Zentrumsmehrheit ist schön, eine Monarchie mit Zentrumsmehrheit und katholischem Königshaus ist besser. Vielleicht kommt für seine Stellungnahme noch die Gesinnung eines großen Teils der bayerischen Bauernbevölkerung hinzu. Sie hat man in geradezu schändlicher Weise über die Zustände im Reich irreführt. Bölsch ist dort Trumpf. Herr Faulhaber verfolgt darum den alten Reiz, sich erst einmal durch einige kleine Konzessionen an die Massenstimmung besonderes Gehör zu verschaffen. Den Alerikern ist ja von jeher die Captatio benevolentiae etwas sehr Vertrautes. Während die Bölschen noch am ersten Tage der Erbergerfeier des Katholikentages zu stören versuchten, schwenkten sie nach den ihnen vertrauten Tönen des Kardinals ein.

Am zweiten Tage wurden die sozialen Probleme auf dem Katholikentage behandelt. Seit Goerres Zeiten hat das Zentrum den sozialen Fragen ein großes Interesse zugewendet, und die Sozialpolitik des deutschen Zentrums hat die christlichen Arbeiter vor dem Ansturm der Sozialdemokratie bewahrt. In München fielen ziemlich scharfe Worte gegen den Sozialismus, aber die Gerechtigkeit gebietet, anzuerkennen, daß der zweite Tag vornehmlich von positiven sozialen Anregungen erfüllt war.

Am dritten Tage mußte dann der Übergang vom bayerischen Lokalfokus zur Reichslage gefunden werden. Die bayerischen Katholiken waren in der Hauptsache an den ersten beiden Tagen anwesend, während bis zum dritten Tage vornehmlich die Delegierten aus dem Reich ausliefen. Das aber war nur ein Grund mehr, den Ton etwas zu verändern. Dieses besorgte in meisterhafter Weise der frühere Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Mausbach. Er verurteilte zwar auch jede Revolution, aber er wies gleichzeitig auf zwei Rundschreiben Leos XIII. hin, der schon 1892 durch die Bischöfe die Katholiken Frankreichs aufforderte, sich in Loyalität ohne Hintergedanken an die Republik anzuschließen. In jenen Rundschreiben heißt es: „Ehre und Gewissen dulden und verlangen in solchen Fällen eine aufrichtige Unterordnung unter die höchste Gewalt.“ Der Papst hat seinerzeit in diesen Anweisungen keine politischen Anweisungen, sondern eine religiöse fittliche Belehrung gesehen. In überaus klugen Worten forderte er darum zur Wahrung des Staatsganges den Zusammenschluß aller ordnungsliebenden Bürger und sagte dabei, daß die Wirklichkeit nicht mit Kraftwörtern, Schwertklingen und Surruufen gemeißelt werden könne. Aber noch war es notwendig, daß auch der Bischof Faulhaber einige Pflichten seiner Kriegszeit vom ersten Tage zurückstreckte. Darum ließ man ihn eine Art Schlusswort halten, worin er seinen Standpunkt wesentlich modifizierte. Hatte er am ersten Tage scharf gegen die Revolution gesprochen, so sagte er am dritten Tage, es dürfe sich ein Bruch des Staatsrechts nicht auf gewalttätige oder gar blutige Weise vollziehen. Den politischen Mord nannte er ein abscheuliches Verbrechen, und hinsichtlich der intellektuellen Urheber der letzten politischen Morde sagte er, daß die Mörder in den Schreibstuben jener Zeitungen lägen, die die Leidenschaften in persönlicher Hege aufgeweckt hätten. Der Präsident des Katholikentages, Oberbürgermeister Adenauer, unterstrich diese Worte dahin, daß es Pflicht sei, mit dem heutigen deutschen Staate zusammen zu arbeiten, und er bezeichnete es als einen Mangel an historischem Sinn, die Verfassung für die heutigen Zustände verantwortlich zu machen. Damit ist der Ausgleich wieder einmal hergestellt. Die bayerischen Katholiken

sind zu ihrem Recht gekommen, und dem deutschen Katholizismus in seiner Gesamtheit hat man aus geistlichem Munde attestiert, daß seine politische Vertretung recht und richtig handelt, wenn sie mit der Republik paktiert. Roma locuta, causa finita!

Die Verhandlungen mit Belgien.

Br. Berlin, 2. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Staatssekretär Schröder ist heute aus Paris zurückgekehrt. Sofort nach seiner Rückkehr wurde ein Kabinettsrat zusammenberufen, in dem Staatssekretär Schröder seine Eindrücke über die Verhandlungen der Reparationskommission darlegte. Daran anschließend werden sich die Minister über die Einleitung der Reparationskommission auf Grund des geräumten Berichtes des Staatssekretärs Schröder eingehend besprechen. Es wird sich hierbei besonders um die Verhandlungen mit Belgien drehen und vor allem über die Frage der Schamwäsche, die Belgien ausgestellt werden sollen. Die Vertreter Belgiens sind, wie bereits gemeldet, bereit, nach Berlin abzureisen, um mit der deutschen Regierung in der Garantiefrage zu verhandeln. In belgischen Kreisen hofft man, zu einem schnellen Abschluß der Verhandlungen zu gelangen. Der belgische Ministerpräsident Teyssie äußerte einem Vertreter des „Matin“ gegenüber, er sei sehr daran interessiert, daß Deutschland und Belgien sich in der Frage der Schamwäsche einig werden. Alle Parteien der Welt werden bereit sein, auf die deutschen Schamwäsche Kredite zu eröffnen. Deutschland wird den Belgien genügende Garantien geben, da es sich sonst der Gefahr aussetzt, seine Souveränität im Ausland zu verlieren.

Befriedigung in Belgien.

W.T.B. Brüssel, 1. Sept. (Agence Belge.) Die Presse äußert allgemein ihre Befriedigung über die Einleitung der Reparationskommission. Den Blättern zufolge zeigen die ministeriellen Kreise am Donnerstagsabend sich mit der in Paris gefundenen Lösung sehr zufrieden.

D. Paris, 2. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die „Liberté“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem belgischen Delegierten Delacroix, worin dieser u. a. erklärte, seine Eindrücke seien ausgezeichnet. Die Reparationskommission habe die Diskussion erweitert und den neuen Rahmen, in dem die Erörterungen sich bisher ereigneten, erweitert. Jetzt sei das Reparationsproblem in seiner Gesamtheit in Angriff genommen und Belgien schreibe sich an, es zu lösen, wenn man ihm dazu die nötigen Vollmachten gewähre. Über die Finanzlage Deutschlands erklärte Delacroix, man dürfe nicht auf deutsche Reparationszahlungen rechnen, so lange der deutsche Kredit nicht wiederhergestellt sei. Es sei ein schwerer Fehler des Verfalls des Vertrages gewesen, die deutsche Reparationsschuld nicht sofort festgesetzt zu haben. Darum habe sich zum 1. Mai 1921 niemand gewagt, Deutschland einen Kredit zu eröffnen. Der Reparationsbetrag von 132 Milliarden hat allgemein eingekehrt. Man habe aber Unrecht getan, denn dieser Betrag sei gerecht. Wenn er früher bekannt gewesen wäre, hätte Deutschland diese Schuld durch eine Kapitalsteuer bezahlen können. Die Verluste, die Deutschland durch den Verlust der Mark wertlos erlitten hätten, seien bedeutend höher, als die deutschen Vermögens durch eine Kapitalsteuer eingebracht hätten. Aus diesem Grunde verlangt die Reparationskommission vor allem eine gründliche Sanierung der deutschen Finanzen. Ohne eine solche Reform könne nichts unternommen werden.

Die Hinterlegung des Goldes der Reichsbank.

D. Paris, 2. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Paris behauptet, daß Kopenhagen oder Bern als die Städte angesehen seien, in welchen Deutschland wahrscheinlich die 14 Millionen Pfund Sterling in Gold, also 270 Millionen Goldmark der Reichsbank, hinterlegen habe.

Ein französisches Abkommen mit Stinnes.

D. Paris, 2. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Wie „Echo de Paris“ mitteilt, hat der Vorsitzende der gemeinschaftlichen Genossenschaft zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete, de Duberac, in Übereinstimmung mit dem Berliner Aufbaupakt ein Abkommen mit dem Reichsminister Stinnes über die Wiederaufbau der zerstörten Gebiete abgeschlossen. Das Material ist nur für die Genossenschaften bestimmt, die der gemeinschaftlichen Genossenschaft angehören.

Eine Rede des Gouverneurs Cox.

D. London, 9. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Gouverneur Cox hielt gestern im American College Club eine große Rede, in der er u. a. ausführte: Ein neues Element soll ein möglicher Faktor bei den Pariser Verhandlungen der Reparationskommission gewesen sein. Der amerikanische Vertreter habe von seiner Regierung die Erlaubnis erhalten, sprechen zu dürfen, und seine Ratschläge hätten denn auch gute Dienste getan. Weiter führte Cox aus, das Abkommen in der Reparationsfrage sei nicht endgültig. Ein endgültiges Abkommen müsse folgen, das allen Interessen diene. Mittelamerika dürfe nicht erzwungen werden, die Vereinigten Staaten seien mit England einig in der Auffassung, daß es eine Notwendigkeit ist, das demokratische Regime in Deutschland lebensfähig zu erhalten.

Amerika und Rußland.

W.T.B. Paris, 1. Sept. Der „New York Herald“ berichtet aus Washington: Gestern verlautete amtlich, daß zwischen dem amerikanischen Botschafter in Berlin und Kravlin in Moskau ein inoffizieller Meinungsaustrausch über die Entfaltung eines amerikanischen Sachverständigenausschusses zum Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland stattgefunden habe. Das Staatsdepartement betont dabei, daß die Errichtung der vorgeschlagenen Kommission in keiner Weise als ein Schritt auf dem Wege zur Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung anzusehen ist, und daß die Kommission keine Beziehungen zu Abmachungen hat, welche die Vereinigten Staaten binden.

Die französische Antwort auf die Balfour-Note.

W.T.B. Paris, 2. Sept. Das veröffentlichte den Botschafter der französischen Antwort auf die Balfour-Note. Darin heißt es u. a. auch, die französische Regierung sei überrascht, daß das Reparationsproblem eine endgültige Lösung nur erhalten könne, wenn es mit dem Problem der interalliierten Schulden in Verbindung gebracht werde. Es erhebe sich die Frage, ob diese Frage binnen kurzem von einer Konferenz aller interalliierten Staaten geprüft werde. Ferner wird in der Antwort betont, daß die interalliierten Schulden und die Reparationsschuld nicht auf gleichen Fuß miteinander gestellt werden könnten, denn die interalliierten Schulden seien im Interesse der gemeinsamen Sache eingegangen worden, um den Sieg zu sichern. In moralischer Hinsicht würde daher eine Annulierung der interalliierten Schulden gerechtfertigt sein. Auf jeden Fall hätten die einen anderen Charakter als gewisse andere interalliierte Schulden. Dagegen sei die Reparationsschuld Deutschlands keineswegs wegen absichtlicher und zum größten Teil zweckloser Zerstörungen und mit Rücksicht auf die Bedürfnisse, die die Alliierten zahlen müßten. Diese Reparationen müßten naturgemäß eine Priorität vor jeder anderen Regelung haben. Frankreich habe, da die von Deutschland zu leistenden Zahlungen ausgeblieben seien, die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete auf eigene Kosten in Angriff nehmen müssen. Das sei der Grund, daß sein Budget aus dem Gleichgewicht gekommen sei. Daher könne die Vorsehung der von Frankreich während des Krieges eingegangenen Schulden nicht in Frage kommen, bevor die von Frankreich für die Wiederherstellung gemachten Ausgaben von Deutschland auf direktem oder indirektem Wege erlöst seien. Wenn Deutschland das getan habe, werde sich Frankreich einer allgemeinen Regelung der interalliierten Schulden nicht widersetzen. Endlich wird in der Antwort ausgeführt, daß die französische Schuld an England aus Billigkeitsgründen herabgesetzt werden müsse, da die Besetzung des Materials, das Frankreich während des Krieges von England besaßen habe, außerordentlich hoch angesetzt worden seien.

W.T.B. London, 2. Sept. In der Antwort Balfours auf die Balfour-Note schreibt die „Times“, die Tatsache, daß diese Antwort erfolge, deute auf eine neue Bewegung seitens Frankreichs, an einer wirklichen aufbauenden Richtung teilzunehmen. Diese Bewegung müsse auf englischer Seite warm gefördert werden. Die wirklichen Schwierigkeiten der französischen Lage müßten voll anerkannt werden, und die englische Regierung müsse, statt ein Zusammenwirken durch Maßnahmen, wie die Balfour-Note, zu vereiteln und im Zusammenhang mit der Reparationskommission eine unnachgiebige Haltung einzunehmen, sich frei machen, um Deutschland zahlen zu lassen, was es zahlen könne. Es sei klar, daß durch die Zerstörungen und Vermögensverlusten der Alliierten Deutschland jetzt in eine Lage hineingekommen sei, die es schwieriger mache als je zuvor, Maßnahmen zu finden, um die Zahlung der deutschen Schulden herzustellen. Es sei notwendig, das gesamte Problem der internationalen Schulden zu behandeln, damit praktische Mittel gefunden werden, um die Gesamtsumme der deutschen Reparationen herabzusetzen.

Die Wiedereinberufung des französischen Parlaments.

W.T.B. Paris, 2. Sept. Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, hat Poincaré gestern den Kammerpräsidenten eingeladen, wobei man sich über die Wiedereinberufung des Parlaments unterhalten habe, die für den 10. oder 17. Oktober in Aussicht genommen ist.

Die Zeit für Amerika noch nicht gekommen.

W.T.B. London, 2. Sept. Reuter meldet aus Washington: Im Weissen Haus wurde erklärt, daß die amerikanische Teilnahme an einer Erörterung der Wiedereinberufungsprobleme der Welt zu einem zukünftigen Zeitpunkt unvermeidlich sei. Augenblicklich liege der Präsident der Ansicht, daß die Zeit für die Vereinigten Staaten noch nicht gekommen sei, um an den jetzt im Ausland stattfindenden wirtschaftlichen Erörterungen teilzunehmen. Außerdem wurde erklärt, der Präsident sei der Meinung, daß die Nationen Europas einleben, daß eine Wiedereinberufung der ganzen Welt von der Regelung der Frage der interalliierten Schulden einschließend der Reparationen abhängen. Von Seiten des Wortführers des Weissen Hauses wurde noch erklärt, daß wenn die Staatsmänner Europas bei ihren Erörterungen über die wirtschaftliche Verbesserung zu dem Punkte gelangen, wo der Rat der Vereinigten Staaten gebraucht werde, Amerika nicht absteits stehen werde. Der Präsident, so heißt es, sehe auch die Erneuerung der Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland bis zu einem gewissen Maße günstig an und hoffe, daß ein Weg dazu immer noch gefunden werden könne.

Die Neuordnung der Beamtengehälter.

Br. Berlin, 2. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die Verhandlungen über die Neuordnung der Beamtengehälter, die durch die ständig fortschreitende Teuerung der Lebenshaltung notwendig geworden sind, werden am Dienstag im Reichsfinanzministerium ihren Anfang nehmen. Die beteiligten Organisationen halten in diesen Tagen ihre Sitzungen ab, um die Wünsche, die sie der Reichsregierung vorzutragen gedenken, zu formulieren.

Forderungen der Eisenbahner im besetzten Gebiet.

Br. Köln, 2. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Auf Veranlassung des Gesamtverbandes Deutscher Beamten- und Staatsangestellter wurden gestern bei der Regionaldirektion in Köln sowie bei der Eisenbahndirektion die Vertreter der Bezirksbetriebsräte vorstellig, die Regierung möge im Verein mit der Eisenbahndirektion in Berlin auf telegraphischem Wege auf eine schnelle Abwicklung der Teuerungssaktion hinwirken, da man sonst Arbeitsstörungen im Eisenbahnbetrieb des besetzten Gebiets befürchtet. Es wird gefordert, bis spätestens Montag einen Vorschlag in Höhe der zu erwartenden Zulage zu bezahlen.

Wie steht es mit der nassauischen Kirchenverfassung?

Von Pfarrer Erik Philipp (Wiesbaden).

Sobald wir überhaupt Lust, bei einer so abseitigen Frage einen Augenblick zu verweilen, während alle Welt, selbst die Kinder fragen: Wie steht der Döller? Was daran liegt und für die Allgemeinheit davon abhängt, wie die Kirchenverfassung aussieht, das hat die öffentliche Meinung noch nicht begriffen. Und doch sind die religiösen kulturellen Fragen für Staat und Familie die moralische Grundlage des Wohlergehens. Als nach der Revolution der Schicksalstrübschmerz: Trennung von Staat und Kirche, Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule, wurde die Öffentlichkeit mobil in einem Massenprotest. Da blieb es nicht mehr von oben herunter: Dem Volke muß die Religion erhalten werden, sondern aus der Mitte des Volkes kam die W-Bannerklärung: Wir wollen die Wege der religiösen Güter! Ohne Religion und Moral ist der sittlichen Vermittlung jedes Los geöffnet und die Menschheit wird ein Sumpf.

Es ist doch wahrlich lächeln genaug! Das steht zwar jeder ein, daß es so nicht weitergehen kann. Aber daß die Kirche das öffentliche Gewissen im Staat sein soll, ist der Öffentlichkeit weitaus aus dem Sinn gekommen.

Der Kirche ist die geistige Führung verloren gegangen, weil sie nicht mehr im Volke wurzelt als Angelegenheit aller. Nur mit Hilfe einer Volkskirche kann eine neue Volksgemeinschaft im Geiste entstehen. Sie muß ihren hohen Beruf wieder bestärkt bekommen durch die Freiwilligkeit ihres Kirchenworts, um nicht eine Dankschuldnerin, aber eine Mutter des Menschengutes zu sein. Seither war die Kirche weltlich, politisch und Behördenkirche, deren Dienst ein Geschäft, die Kirchlichen, die sich gefallen ließ die Masse der Unfruchtlichen aber nur bei hohen Ausnahmefällen.

Nun gibt sich die Kirche selber ihre neue Verfassung! Wie steht es da? Hat ein Vordemwille Aussicht auf Gelingen, in der Verfassungswahl der Behörden für die Volkskirche zu gelangen? Der verfassunggebende Kirchenrat anderer Bezirke hat seine Aufgabe in der Hand eines Ausschusses gelegt, in dem 15 Mitglieder, 6 der Rechten, 8 der Mitte und 3 der Linken, viele Wochen beraten haben. Das wesentliche Ergebnis der ersten Sitzung liegt jetzt gedruckt vor.

In der Verfassungskommission hat auf Grund des Wahlaktes eine Überrepräsentation der Rechten über den Charakter des Unterbaus. Es steht Urwahlen und Verhältniswahl zum Vergleich: Der Kirchenrat vor dem Rat wird die Forderung der kirchlichen Gleichberechtigung aller Kirchlichen ausgesprochen, wie es einer Volkskirche entspricht, welche die Brücke spannen will über die politischen und Klassenengstnisse in unserem bürgerlichen Leben. Um so weiter können die Meinungen auseinander über den Oberbau.

Eine verlässliche Mehrheit hat sich zusammengefunden, entsprechend dem Verfassungsvorschlag der Rechten, den fünfzig Landesbischöfen an die Spitze der Kirchenregierung zu stellen. Ein reisender Bischof an der Spitze einer evangelischen Volkskirche! Ist das nicht ein Widerspruch in sich selbst, eine Art Katholisierung? Ein evangelischer Oberbischof soll in der Kirche der erste Diener Jesu sein, der gebietet hat: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“

Für die Freunde evangelischer Freiheit ist ein reisender Bischof an der Spitze einer evangelischen Volkskirche unannehmbar.

Nicht minder unbedenklich ist nach dem Ergebnis der Auseinandersetzung, daß die bisherige Kirchenregierung die Verwaltungsapparate in achtzig Dingen nicht nur bestehen bleiben soll, sondern in ihrer Stellung noch bestärkt wird. Es würde das so, wie der viel zu wenig beachtete Entwurf von Pfarrer Hofmann behauptet, daß die Verwaltungsbehörde „das volle Übergewicht“ habe. Wir stimmen durchaus an, wenn Hofmann sich über den Widerspruch in einer Volkskirche wundert, daß einerseits der Landeskirchenrat souverän sein soll, die Kirchenbehörden erachtet und absetzt, und daß die Kirchenbehörden dem Landeskirchenrat Rechenschaft abgeben, ist über keine Umstellung, sogar einem Ministeriumswort auszusagen. Andererseits aber „man lese mit Staunen, mit was für einer Macht der Oberkirchenrat ausgestattet ist: er kann gegen Gelehrte und Bischöfe des Landeskirchenrats Einspruch erheben; er kann sogar den Landeskirchenrat auflösen und Neuwahlen aussetzen.“ Ist das eine souveräne Synode, oder der allmächtige Landeskirchenrat ist Träger der Kirchengewalt?

Wohlmerkt: nicht die nächstoberste Instanz nach dem Landeskirchenrat, die Landeskirchenregierung, auf welche das Ministeriumswort des Königs abgeht, soll dies Ausmaß der Gewalt haben, sondern die nachgeordnete Verwaltungsbehörde, die dem jetzigen Konsistorium entspricht. Ein geradezu revolutionärer Einbau in die Kirchenverfassung! Die Hauptamtlichen Mitglieder sind auf Lebenszeit angestellt, die Vorkategorie ist in ihren Händen! Und der Kirchenrat, der alle drei Jahre tagt, kann von seinen Angehörigen belächelt werden!

Ist das eine Volkskirche, oder die Regierung der Kirchenbehörden, die „unter sich“ sind?

Meist soll heute nicht gesagt werden. Wir Freunde evangelischer Freiheit vertreten hier keine Parteilinie. Es soll allen zugute kommen, und die Volkskirche soll ein evangelisches Volks- und Gemeindegut sein, über deren Vorfahrt: „In meines Vaters Haus sind viele Wohnungen.“ Jede Glaubensüberzeugung, die im Evangelium und der Reformation wurzelt, soll sich dabei fühlen unter einem gemeinsamen Dach. Glaubensfreiheit aber sollen endlich der Vergangenheit angehören.

Evangelische Freiheit in der Wahrheit und in der Liebe! Kirchenregiment, so viel zur Ordnung nötig ist. Aber alles soll getragen sein von Glauben und Vertrauen.

Neben die Verantwortlichen auf den Weg, daß ihr Werk nicht nur einem Bruchteil gefalle, sondern der Volkskirche dienlich ist. Die Öffentlichkeit wird in geeigneter Weise zur Beratung der Verfassung zu nehmen haben.

Deutscher Einspruch gegen die französischen Truppen im Saargebiet.

W. T. B. Berlin, 1. Sept. Die deutsche Regierung hat beim Völkerbund Einspruch gegen die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet erhoben. Wie wir erfahren, ist in der Einbruchnote ausgeführt, daß die Zahl der französischen Truppen im Saargebiet trotz einer gewissen Verringerung immer noch einige Tausend betrage. Aus den Meldungen über Kasernenbauten im Saargebiet müßte auf ein längeres Verbleiben der französischen Truppen geschlossen werden, und von einem nennenswerten Ausbau der Garnisonen nur 144 Mann umfassenden örtlichen Gendarmerie sei nichts bekannt geworden. Wie die Note weiter bemerkt, widerspricht dies dem Versailler Vertrag, da nach diesem für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet und den Schutz von Personen und Eigentum die Regierungen der Kommission des Saargebietes zu sorgen hat, also nicht die Truppen einer fremden Macht, und da es überhaupt mit der Selbstständigkeit der Verwaltung des Saargebietes unvereinbar ist, wenn eine so wichtige Angelegenheit wie die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet im wesentlichen von den französischen Truppen wahrgenommen wird.

Zu den Einwendungen der Regierungskommission, daß eine ausreichende örtliche Gendarmerie hohe Kosten verursache, und daß das Personal dafür schwer zu beschaffen sei, wurde erklärt, die deutsche Note: Die deutsche Regierung weiß diese Schwierigkeiten aus eigener Erfahrung zu würdigen, hält sie aber nicht für unüberwindlich und macht darauf aufmerksam, daß sie selbst auf Grund des gleichen Vertrags, der für das Saargebiet eine örtliche Gendarmerie als ein wichtiges Mittel der Aufrechterhaltung der Ordnung vorsieht, eine Umgestaltung ihres Heeres hat vornehmen müssen. Eine dabei auf die ihr entstehenden Schwierigkeiten und finanziellen Lasten Rücksicht genommen werden wäre. Im übrigen kennt die deutsche Regierung die Bevölkerung des Saargebietes aus genau, um sagen zu können, daß sie mit Fremden die finanziellen Lasten für die Unterhaltung einer örtlichen Gendarmerie auf sich nehmen wird, wenn ihr dafür die viel schwerer empfindbare moralischen Lasten abgenommen werden, die die Anwesenheit fremder Truppen bedeutet.

Weiter ist in der Note besonders auf den Charakter des Saargebietes als Abhängigkeitsgebiet hingewiesen: Die deutsche Regierung mißt diesem Gesichtspunkt ausschlaggebende Bedeutung bei und glaubt, daß ihm gegenüber alle Einwendungen zurücktreten müssen. Mit dem Charakter eines Abhängigkeitsgebietes ist es unvereinbar, daß dieses den Truppen einer Macht befallen wird, die an dem Ergebnis der Volksabstimmung interessiert ist. Die freie Willensäußerung, auf der das für das Saargebiet vorgesehene Regime aufbaut, wäre in Frage gestellt, wenn Truppen eines Staates, der Anwesenheit auf das Gebiet hat, noch länger mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem Gebiet betraut würden. Nachdem von der 15-jährigen Frist bis zur Volksabstimmung bereits mehr als ein Sechstel verstrichen ist, erscheint der deutschen Regierung die Zurückziehung der französischen Truppen und ihre Ersetzung durch örtliche Gendarmen als eine der dringlichsten Aufgaben, die zur Sicherung der freien Abstimmung erforderlich sind.

Maßnahmen zur Unterbindung unerwünschter Einfuhr.

W. T. B. Berlin, 1. Sept. Um einem weiteren Sturz der Mark zu begegnen, hat die Regierung entschlossen, verbotene Waren aus der Unterbindung der Einfuhr aller Waren zu treffen. Zu diesem Zweck hat der Reichswirtschaftsminister die bisherige Einfuhrfreiheit für Rohstoffe durch Beschränkung von 30.000 mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Ebenso wird der Reichsernährungsminister auf seinem Gebiet Beschränkungen der Einfuhrfreiheit vornehmen. Gleichzeitige werden die Außenhandels- und anderen Bewilligungsstellen angewiesen, für diese Waren und eine Reihe anderer entbehrlicher und bereits unter Einfuhrverbot stehender Waren bis auf weiteres Einfuhrbewilligungen nicht mehr zu erteilen.

Wiesbadener Nachrichten.

— **Beschlagnahme von Besatzungswohnungen.** In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Vermieter von Besatzungswohnungen Besatzungsangehörige, die mit einem ordnungsmäßigen Ausweis seitens der französischen Besatzungsbehörde versehen waren, und die betr. Zimmer zu besichtigen oder zu beziehen wünschten, abgewiesen haben. Die französische Behörde hat die Stadtverwaltung wissen lassen, daß sie zukünftig mit aller Strenge gegen derartige Verhältnisse vorgehen wird und die Vermieter sich in solchen Fällen einer Bestrafung durch die Militärgerichte aussetzen. Zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten liegt es daher im eigenen Interesse der Vermieter, den mit einem Autorisationsbescheinigung der Kommission des Logements versehenen Besatzungsangehörigen den Zutritt zu den beschlagnahmten Räumen zu gestatten.

— **Die Interalliierte Rheinlandkommission** hat dem Reichskommissar in Koblenz mitgeteilt, daß ihr bekannt geworden sei, daß in den Tagen der herbergen Personen Unterjochungen, die aus dem unbedeutenden Gebiet kommen und die die Vorschriften der Rheinlandkommission über den Verkehr nicht beachten, da in diesen Tagen der herbergen keine polizeiliche Kontrolle stattfindet. Sie hat erklärt, daß diejenigen Personen, denen die Jugendherbergen unterstellt sind, für die Beachtung dieser Vorschriften verantwortlich zu machen sind.

— **Zur Begründung der Milchpreiserhöhung** wird uns von dem Preisamt des Magistrats mitgeteilt, daß nach einem dem städtischen Milchamt von dem Landesernährungsamt in Darmstadt amtlich mitgeteilten Beschluß der Milchpreis für das hiesige Wirtschaftsgebiet von einem Mittwoch, den 31. August, in Darmstadt tagenden Schiedsgericht auf der Grundlage eines Statutvertrages von 1914 auf 23.30 M. für den Liter als Maßstab festgestellt wurde, und zwar mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß der neue Preis bereits am 1. September in Kraft treten soll. Da die Stadt Wiesbaden einen guten Teil ihrer täglichen Milchmenge aus hiesigen Molkereien bezieht, mußte der Magistrat nachdrücklich dieser Erhöhung folgen, wenn er nicht die Belieferung der Karten der vorzugsberechtigten Kinder und Kranken auf ein Mindestmaß beschränkt sehen wollte.

— **Auf dem Wochenmarkt am Samstag** stellten sich bei harter Anfuhr und Nachfrage die Erzeugnisse bew. Kleinhandelspreise bei Molkerei Verkauf wie folgt: Weizenbrot 2 M., Kleinhandelspreis 2 M., Roggenbrot 3 bis 6 M., bew. 7 bis 8 M., Weizen 4 M., Roggenbrot 2 M., bew. 3 M., Gekochte Rüben 3 bis 4 M., bew. 6 M., rote Rüben 4 bis 5 M., bew. 5 M., Weizen 5 bis 6 M., bew. 6 M., Spinnat 8 bis 10 M., bew. 10 M., Blumenkohl (hiesiger) 12 bis 15 M., bew. 20 M., Grüne Stangenbohnen 10 bis 14 M., bew. 14 M., Grüne Buschbohnen 10 bis 14 M., bew. 14 M., grüne Erbsen mit Schale 10 bis 14 M., bew. 14 M., alles per Pfund, Kohlrabi 1 bis 2 M., bew. 1.50 bis 2.50 M., Sellerie 1 bis 4 M., bew. 2 bis 10 M., Kopfsalat 1 bis 3 M., bew. 3 M., Endivien- salat 2 bis 5 M., bew. 5 bis 6 M., Feldsalat 4 bis 10 M., bew. 3 bis 12 M., alles per Stück, Einmachgurken 60 bis 100 M., bew. 80 bis 100 M., das Dutzend Tomaten 10 bis 12 M., bew. 10 bis 15 M., Karotten 4 bis 4.50 M., bew. 5 M., Champignons 10 M., bew. 15 bis 20 M., Karotten 2 bis 7 M., bew. 3 bis 8 M., Erbsen 10 bis 12 M., bew. 10 bis 20 M., Kohlrabi 6 bis 7 M., bew. 5 bis 10 M., Zwiebeln 7 bis 8 M., bew. 8 bis 12 M., Mörschen 8 bis 12 M., bew. 16 M., Kettelkarden 8 bis 9 M., bew. 9 bis 15 M., Pfirsiche 15 bis 30 M., bew. 30 bis 50 M., Aprikosen 20 bis 25 M., bew. 30 M.

— **Einschränkung der Marken-Brotverteilung.** Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist eine Verordnung ausgearbeitet worden, durch die die öffentliche Versorgung mit Brot auf die minder bemittelten Kreise beschränkt werden soll. Als nicht vorzugsberechtigten sollen die Personen gelten, deren Einkommen 1921 für alleinstehende 30.000 M., für den Haushaltsvorstand 30.000 M. und für jede weitere Person im Haushalt 10.000 M. überschritten hat. Wer nachweist, daß sein Einkommen 1922/23 das Dreifache des hohen angegebenen Einkommens nicht übersteigt, bleibt vorzugsberechtigter. Nach der Verordnung wird den Kommunalverwaltungen freie Hand gelassen, wie sie den Ausschluß der Höherbemittelten vom Anspruch auf das Markenbrot durchzuführen sollen. Zumeist dürfte die Vorlegung der Einkommenserklärung verlangt werden.

— **Wiesbadener Fremdenverkehr.** Die Fremdenaffäre beträgt, wie die amtliche Fremdenkontrolle des städtischen Verkehrsamtes meldet, vom 1. Januar bis 31. August 1922 insgesamt 117.089 (Ruadste und Passanten).

— **Frachtermäßigung für frische Kartoffeln.** Eine Frachtermäßigung für frische Kartoffeln als Gütergut wird mit Gültigkeit vom 1. September 1922 bis 15. Mai 1923

(34. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Der Einsiedler vom Schredhorn.

Schwarzsteinsroman von M. B. Sodenoten.

Jedenfalls hatte sie wohl an meine und gewiß auch an ihre Liebe geglaubt. Wie alles so gekommen ist, die einzelnen Episoden, es wäre zwecklos, sie alle zu wiederholen. Sehr wahrscheinlich würde ich sie heute gar nicht mehr in der Unbefangtheit schildern können, mit der sie erlebt wurden. Ich kann daher die kommenden Tatsachen kurz zusammenfassen; mich selbst habe ich so geschildert, wie ich war und wie alles auf mich wirkte.

Ich war so von meiner Leidenschaft beherrscht, daß es für mich kein anderes Ziel als den Besitz Mara Wyballs geben konnte.

Ich will die Kämpfe nicht wiederholen, die ich mit meinem Vater hatte, nicht die heftigen Auseinandersetzungen, mir genügt, daß ich an Mara glaubte und daß sie mich unterstützte.

Im Jörn ging ich von Rikmarstein, denn mein Vater verbot mir die Rückkehr dorthin. Sein Eisenwille wollte sich meinem Verlangen ebenso wenig fügen, wie ich zu einem Verzicht bereit war.

Aber da trat dann ein Ereignis ein, das mir plötzlich alle Freiheit gab; kurz nach meinem Weggang im Groll von meinem Vater unterlag er einem Herzschlag und ich sah ihn nur noch als einen Toten.

Als dann das Trauerjahr verstrichen war, da wurde Mara Wyball meine Frau.

So weit war der Einsiedler mit seiner Erzählung gekommen, als er für kurze Zeit schwieg, als müßte er in Gedanken erst nochmal alles an sich vorüberziehen lassen; dabei zog er die Gestalt Hertas wieder dichter an sich, als wollte er sich ihrer Nähe versichern. Seine großen Augen schauten auf die stummen Größen, die mondlichtumflossenen das Nachtal einschloßen.

Hertas Augen spähten ebenfalls in die Ferne;



Mein reichhaltiges Lager an
Modellkleidern, Neuheiten in Mänteln u. Pelzen
 bietet dem verehrten Publikum Gelegenheit, sich trotz eingetretener
 Teuerung vorteilhaft mit
Herbst- und Wintergarderobe
 zu versehen. — Mein Verkaufslokal ist von 8½—1 und von 2½—7 Uhr geöffnet.
WIESBADEN Seidenspinner Hüfnergasse 12.

Fortsetzung der Mobiliar-Versteigerung

Dienstag, den 5. September cr.

vormittags 9½ Uhr

beginnend in meinem Versteigerungssaale

23 Schwalbacher Straße 23.

Zum Ausgebot kommen:

1 dopp. schlfr. Metallbett mit Holzkerrahmen,
 2 egle. Aufb.-Betten, Aufb.- u. lackierte Betten,
 20 eiserne Bettstellen mit Drahtboden, Aufb. u.
 lackierte Waschkommoden, Wasch- und Nachtsch.
 Kleiderständer, Kleider- und Handtuchständer,
 Kommoden, Konjollchränke, Aufb.-Schränke, Eichen-
 Dreischreibstisch mit Aufsatz, großes Bücherregal,
 Etagere, Staffeleien, Büstenständer, Tische, Stühle,
 Seidel, Spiegel, Bilder, Bilderrahmen, Regulator,
 Ripp-, Aufstell- u. Gebrauchsgeschäfte, Hand-
 nähmaschine, Näh-Schreibpult, hoher Polstuhlg.
 Kopierpresse mit Tisch, Gas- und elektrische Be-
 leuchtungskörper, Portieren, Leder-Handtäche,
 Kleider-, Gardinenständer, Handtaubauger,
 Petroleum-Heizöfen, Kinderstuhl, Kinderbadewanne,
 Herrenkleider und Schuhe, Küchennöbel, Gasherd
 und sonstige Hausräte.

Wilhelm Helfrich

Auktionator und vereidigter Taxator
 Telefon 2441. Schwalbacher Str. 23.

1921er Naturwein-Versteigerung

Freitag, 8. Sept. d. J., vorm. 11 Uhr, versteigert die
 Winger-Gesellschaft, G. m. u. H. zu Wiesheim
 im Saale der „Liederhalle“ in Mainz, Gr. Weiche 56,
 41/1 u. 12/2 Stück 1921er Wiesheimer Naturweine
 der besten Lagen, darunter eine sehr große Anzahl
 feiner Spitzen. F35

Probtag am Versteigerungstage
 vor der Versteigerung. Ohne Handelslaubnschein
 Eintritt zur Probe und Versteigerung Mk. 50.—
 Wiesheim, den 2. August 1922.

Marshall, Direktor.

Stets Neuheiten in nur guten Damen- u. Herren-

STOFFEN

beste Aachener und engl. Fabrikate, von den ein-
 fachsten bis zu den feinsten Qualitäten, in allen
 Farben und Preislagen, für jede Jahreszeit.

L. Schmäh, 5 Adolfsstraße 5.

Kein Laden. Beste Referenzen. Kein Laden.

Kalasiris



Patente aller Kulturstaaten
 zahlreiche Anerkennungen
 bietet alle Vorteile des
 beststehenden Pariser Kor-
 setts, jedoch ohne dessen
 schwerwiegende Nachteile.

**Spezialfassons
 für Kranke u. Kinder
 Büstenhalter.**

Vor den vielen Nach-
 ahmungen wird dringend
 gewarnt. Jedes echte
 Stück trägt den Stempel
 „Kalasiris.“

— Mäßige Preise. —
 Illustrierte Broschüre und
 Auskunft kostenl. durch das

Kalasiris-Spezialgeschäft
 Wiesbaden, Wilhelmstr. 4. Tel. 4256.

Großer Posten

prima Biber-Bettlucher

und Mato- u. Normalhemden

nach sehr preiswert, sind eingetroffen in

„Reicher's Quelle“, Wellstr. 25.

8 Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt

18 kar. Gold 750

14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gestempelt.

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok 70 Kirchgasse 70
 Tel. 6132.

Was ist Fesers Knieschutz

oder die Dauerbügelfalte?



Ein für diesen Zweck hergestelltes, haarfeines
 Gewebe, welches in die Kniekehle der Hose
 von innen unsichtbar eingenäht wird, macht
 alle Bewegungen des Stoffes am Knie natür-
 lich mit, zwingt den Stoff immer in seine
 Fassung am Knie in die kurze Lage zurück
 und ist selbst bei den dünnsten Trappeelstufen
 nicht bemerkbar. Fesers Knieschutz verhindert
 Kniebeulen, gibt der Hose eine Dauerbüg-
 falte, mehr Halt und einen schärferen Bruch!

Überall erhältlich

Preis Mk. 30.— (Porto Mk. 3.—) **FRITZ FESER**
 Erfinder und Alleiniger Fabrikant, Frankfurt a. M.
 Vertrieb für Hessen-Nassau, Rheinland-Westfalen,
 Baden, Württemberg, für alle anderen Plätze der
 Generalvertr. **FRED PELZ**, G. m. b. H., Magdeburg.

Vorhanden in: **S. Stern**

Mauergasse 10

Beachten Sie Sonntags unsere Annonce.

Nachahmungen werden strafrechtlich verfolgt

Gasgefüllte Lampen

Flack, Luisenstr. 25, an der Kirche.
 Telefon 747.

Küchen-Einrichtung

natur poliert, eich. Natur-
 holz, billige. Kasten-
 frant. Bilderplan 3.

Großverpackungen

Seite Seite, liefert abzu-
 geben. Stiefel. Stief-
 nachter 11.

Reiche Auswahl in

Herbst- und Winter-Stoffen

in allen Qualitäten
 aus alten Aufträgen.

Anfertigung nach Maß zu
 äußerst vorteilhaft. Preisen,
 bei Verwendung von nur
 besten Zutaten, unter
 Garantie für guten Sitz.
 Den ganzen Tag geöffnet.

Ewald Wenzel G. m. b. H.

Groß- und Kleinverkauf von Herren-Stoffen,
 verbunden mit Abteilung Herren-Maßbekleidung.
 Oranienstraße 14. Telefon 1297.

Vorzugs-Angebot!

Billige Lebensmittel!

Nur solange Vorrat!

Schmalz Pfd. Mk. 210.—

Kokosfett, lose „ 175.—

1a ungesalzene Margarine!

Pfd. 175.—, 165.—, 155.—, 150.—, 140.—

1a Bandnudeln Pfd. Mk. 40.—

1a Stangenmakaroni „ 48.—

1a Roastbeef . . . ca. 2-Pfd.-Dose Mk. 150.—

1a Corned beef . . . engl. Pfd.-Dose Mk. 125.—

Auslandszucker:

per Pfd. Mk. 75.—

empfiehlt:

Carl Fröhling

A. G.

Hellmundstraße 20 Gneisenaustraße 15

Seerobenstraße 15 Hirsgraben 7

Grabenstraße 12 Telefon 5032

Sonnenberg

Biersdorf

Thalstraße 23

Rathausstraße 7

Dr. Einstoß

verreist

bis 16. September.

Frauenarzt

Dr. Fries

zurück.

Sprechst. 3—4 Uhr
 vormittags sowie Sams-
 tags u. Sonntags nur nach
 vorheriger Vereinbarung.

Von der Reise

zurück.

Dr. Hans A. Hofmann

Wilhelmstraße 30, 3.

Augenarzt **Dr. Schiack**

Rheinstraße 81

zurück.

Von der Reise zurück

Maria Bickel

Heilbehandlung von Stimm- und Sprachstörungen.

Kassenbehandlung bei Ueberweisung

durch die Herren Aerzte.

Tel. 3062. 12—1 Uhr.

Ich habe mich in
 Wiesbaden, Adolfsallee 15

als Zahnarzt

niedergelassen.

Sprechstunden: Vorm. 9-1 Uhr, außer Sonn-
 tags; nachm. nur nach vorher. Anmeldung.

Zahnarzt Brenning.

Fernsprecher 1729.

Habe jetzt täglich Sprechstunden

von 9—12 und 2½—6 Uhr.

Auch für Kassenmitglieder.

Rudolf Hohn, Dentist

Kirchgasse 20, 2. — Tel. 2325.

Habe meine Praxis von Gr.
 Burgstr. 9 nach **Adolfsallee 3**
 (Ecke, Adelheidstraße) verlegt.

Dr. Ost, prakt. Zahnarzt.

Telephon 5700.



CHIROPRACTIC

is the science and art of removing the
 cause of disease through spinal adjust-
 ment. Chiropractic brings results where
 all other healing-methods failed

ALOIS L. JESTER

First and only Chiropractor in Germany

82 Rheinstraße, Wiesbaden

hours: daily 9 to 12 A. M.

investigate and ask for pamphlet.

Feuerbestattung.

Die Erklärung betr. Feuerbestattung wird auf dem
 Rathaus, Zimmer Nr. 32, bei Herrn Bürodirektor Stoll
 entgegen genommen. — Dienststunden von 9—12 Uhr.
 Die Beurkundung geschieht kostenlos. Ausweis der Per-
 sönlichkeit durch Paß oder Steuerzettel.

Mitteilung und Erledigung aller Bestattungange-
 legenheiten, Sicherung geringster Kosten durch Prüfung
 der Rechnungen nach Vereinsfähigen.

Es liegt im Interesse der Hinterbliebenen, die Be-
 stattung lediglich durch kostenlose Vermittlung des
 Vereins zu bewirken. F 298

Der Verein für Feuerbestattung (G. B.)

Arndtstraße 4 Wiesbaden Tel. 287.



gebore mit Freisung.
ermittelt Ferd. Alexi.
eventuell Bauplak. Off.

